

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 16-17/77

Berlin

29. April 1977

44. Jahrgang

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1977

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg

IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Hamburg am 26. April 1977

Die Lage der Weltwirtschaft

In den westlichen Industrieländern ist die Produktion nach der deutlichen Verlangsamung im vergangenen Sommer im Winterhalbjahr insgesamt wieder etwas rascher gestiegen. Die Auslastung der Kapazitäten hat im allgemeinen nur wenig zugenommen, und die Arbeitsmarktlage hat sich zumeist nicht verbessert. Der Preisanstieg setzte sich insgesamt nahezu unverändert kräftig fort, wenn auch mit erheblichen Unterschieden von Land zu Land. Die Lage auf den Devisenmärkten hat sich beruhigt, nicht zuletzt weil die Wirtschaftspolitik in den währungsschwachen Ländern stärker auf den Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte ausgerichtet wurde und weil Wechselkursanpassungen auch innerhalb des europäischen Währungsverbundes erfolgten.

Zügiger Aufschwung in den USA

In den USA hat sich die konjunkturelle Expansion Ende vergangenen Jahres spürbar beschleunigt. Nach einer kurzen Unterbrechung durch den Kälteeinbruch Anfang 1977 setzte sich der Aufschwung zügig fort. Mit dem stärkeren Produktionsanstieg nahm die Zahl der Beschäftigten rasch zu, von Oktober bis März um 2 vH. Die Arbeitslosenquote sank im gleichen Zeitraum von 7,9 vH auf 7,3 vH.

Beschleunigt nahm vor allem der private Konsum zu. Aufgrund der Verbesserung der Einkommenssituation, aber vermutlich auch in Erwartung von Steuervergünstigungen, wurden insbesondere Automobile vermehrt nachgefragt. Verstärkt expandierte

ebenfalls der private Wohnungsbau, und zwar nunmehr auch der Bau von Mehrfamilienhäusern. Zudem haben nach der Jahreswende die Ausrüstungsinvestitionen wieder kräftiger zugenommen. Dazu hat sicherlich beigetragen, daß sich die Gewinnsituation – nicht zuletzt wegen des relativ mäßigen Anstiegs der Lohnsätze – verbessert hat. Die Lagerdispositionen der Unternehmen blieben eher vorsichtig. Während die Expansion der Ausfuhr zeitweise durch den strengen Winter gebremst wurde, hielt die rasche Zunahme der Einfuhr, nicht zuletzt von Rohöl, an; das Außenhandelsdefizit vergrößerte sich deutlich.

Der Anstieg der Verbraucherpreise, der sich vor der Jahreswende auf breiter Front abgeschwächt hatte, verstärkte sich Anfang des Jahres wieder: Die Preise für Nahrungsmittel und Energie erhöhten sich vor allem als Folge der außergewöhnlich ungünstigen Witterung beträchtlich. Insgesamt gibt es jedoch kaum Anzeichen für eine Inflationsbeschleunigung.

Der Kurs der Geldpolitik blieb stabilitätsorientiert. Die Zielgrößen für die Geldmengenexpansion wurden etwas verringert. Der Rückgang der Zinsen setzte sich bis Ende 1976 noch fort, da sich vor allem die private Kreditnachfrage nur mäßig ausdehnte. Darüber hinaus stieg der Kreditbedarf der Gebietskörperschaften weniger als erwartet, weil die Ausgaben weiterhin unter den Haushaltsansätzen blieben. Seit der Jahreswende kam es zu einer leichten Erhöhung des Zinsniveaus, offenbar weil sich die private Kreditnachfrage verstärkte.

Im Verlauf dieses Jahres werden sich die Aufschwungskräfte weiter festigen. Zusätzliche Impulse werden vom Lageraufbau und von den öffentlichen Ausgaben ausgehen. Angesichts insgesamt verbesserter Absatz- und Gewinnaussichten ist mit einer weiterhin starken Investitionstätigkeit der Unternehmen zu rechnen. Darauf deuten sowohl Unternehmensbefragungen wie auch die deutlich gestiegenen Bestellungen von Investitionsgütern hin. Der private Konsum und der Wohnungsbau werden mit der günstigen Einkommensentwicklung weiterhin zügig expandieren. Allerdings dürfte sich vorübergehend eine gewisse Verlangsamung daraus ergeben, daß die Konsumenten ihre Ausgaben in den Wintermonaten auch im Vorgriff auf Steuerrückzahlungen ausgeweitet haben, diese aber doch nicht gewährt werden sollen.

Insgesamt ist im Jahr 1977 mit einem Anstieg des realen Bruttosozialprodukts um annähernd 5 vH zu rechnen (1976: 6,1 vH). Die Kapazitätsauslastung wird dabei deutlich zunehmen, die Arbeitslosenquote allmählich sinken. Unter dem Einfluß der stabilitätsorientierten Geldpolitik wird sich der Preisanstieg nach dem Wegfall der ungünstigen Witterungseinflüsse wieder verlangsamen. Im Jahresdurchschnitt wird er mit rd. 6 vH etwa so hoch sein wie 1976. Im Zuge des Aufschwungs ist eine rasche Importzu-

nahme zu erwarten, die deutlich über das Tempo des Exportanstiegs hinausgehen wird. Das Handelsbilanzdefizit wird, auch wegen rückläufiger Agrarausfuhr, daher noch höher ausfallen als im Vorjahr.

Wieder stärkere Auftriebskräfte in Japan

Die konjunkturelle Expansion hat sich in Japan seit Mitte vergangenen Jahres in nur sehr mäßigem Tempo fortgesetzt, die Industrieproduktion hat im Laufe des Winterhalbjahrs nahezu stagniert. Zu dieser Entwicklung trugen sowohl die Abschwächung des Exportanstiegs als auch die Verlangsamung der Nachfrageexpansion im Inland bei. Zum einen ließ die Belebung der staatlichen Nachfrage wegen der verzögerten Verabschiedung der Haushaltsfinanzierungsgesetze auf sich warten. Zum anderen hat sich der private Konsum kaum erhöht. Bei kräftigem Preisanstieg auf der Verbraucherstufe haben die Realeinkommen nur wenig zugenommen. Die Unternehmensinvestitionen sind seit Mitte vergangenen Jahres nur wenig gestiegen.

Verschiedene Faktoren lassen allerdings eine verstärkte Nachfrageexpansion im Laufe des Jahres 1977 erwarten. So ist nach dem kräftigen Anstieg der Exportakkreditive wieder mit einer deutlichen Steigerung der Ausfuhr zu rechnen. Im Inland wird das gerade verabschiedete Budget die öffentliche Nachfrage und den Wohnungsbau anregen. Auch der private Konsum wird im Laufe des Jahres wieder stärker expandieren: Er erhält Impulse durch die Einkommensteuersenkung, daneben werden die Einkommen auch im Zuge des Anstiegs der Beschäftigung etwas rascher zunehmen. Die kräftige Erhöhung privater Inlandsaufträge im Maschinenbau im Winterhalbjahr deutet auf eine Belebung der Investitionstätigkeit hin. Wenn sich auch die Auftriebskräfte von nun an wieder verstärken werden, so ist doch wegen des geringen Überhangs am Jahresbeginn für das reale Bruttosozialprodukt im Jahr 1977 insgesamt mit einer niedrigeren Zuwachsrate als im Vorjahr zu rechnen (5 vH nach 6,3 vH). Der Anstieg der Verbraucherpreise wird mit schätzungsweise 8,5 vH nur wenig schwächer sein als 1976.

Verhaltene Expansion in Westeuropa

In Westeuropa stieg die Produktion im Winterhalbjahr 1976/77 nach der starken Verlangsamung im Sommer wieder etwas rascher. Insgesamt war die Aufwärtsentwicklung allerdings verhalten, wobei deutliche Unterschiede von Land zu Land bestanden. In währungsschwachen Ländern dürften die Restriktionsmaßnahmen die Inlandsnachfrage in letzter Zeit gedämpft haben.

Nachdem der private Verbrauch im Sommerhalbjahr nur wenig expandiert hatte, nahm er bis zum Jahresende zumeist stärker zu. Danach hat sich seine

Dynamik wieder leicht abgeschwächt; bei kaum verändertem Anstieg der verfügbaren Einkommen ist die Sparquote seit der Jahreswende anscheinend nicht weiter gesunken. Nach wie vor wurden dauerhafte Konsumgüter bevorzugt gekauft.

Die Nachfrage nach Investitionsgütern hat insgesamt leicht zugenommen. Dabei war die Entwicklung uneinheitlich: In einigen Ländern, z. B. in Großbritannien, Schweden und der Schweiz, erhöhten sich die Investitionen nicht oder nur wenig; in anderen, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich, stiegen sie spürbar. Die privaten Ausrüstungsinvestitionen belebten sich. Hierzu haben höhere Gewinne, günstige Finanzierungsbedingungen sowie der leichte Anstieg der Kapazitätsauslastung beigetragen. Die Bauwirtschaft hat den Tiefpunkt der Krise erreicht bzw. überwunden, doch entwickelte sich die Nachfrage nach Bauleistungen in den einzelnen Bereichen sehr unterschiedlich. Während sich der private Wohnungsbau verschiedentlich leicht erholte, investierte der öffentliche Sektor nur sehr verhalten.

Die Warenexporte der westeuropäischen Länder sind insgesamt im Winterhalbjahr saisonbereinigt zügig weiter gestiegen. Das gilt sowohl für den inner-europäischen Handel als auch für die Ausfuhren in die USA. Die Exporte in die Staatshandelsländer stagnierten. Die Lieferungen in den OPEC-Raum stiegen dagegen anhaltend kräftig, während die Ausfuhr in die übrigen Entwicklungsländer vermutlich nicht zunahm. In den Defizitländern, namentlich in Großbritannien und Frankreich, verringerten sich die außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten tendenziell seit der Jahreswende, vor allem weil sich die Einfuhr-expansion verlangsamt.

Die Arbeitsmarktlage hat sich trotz der wieder kräftigeren Ausweitung von Nachfrage und Produktion nicht verbessert. Die Arbeitslosenquote blieb insgesamt hoch. Lediglich in der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden und in der Schweiz ging die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt etwas zurück. Hingegen ist sie vor allem in den Ländern, die sich aufgrund hoher außenwirtschaftlicher Defizite im vergangenen Herbst zur Dämpfung der Binnen-nachfrage gezwungen sahen, noch gestiegen.

Die nach wie vor ungünstige Arbeitsmarktlage übte einen dämpfenden Einfluß auf die Lohnentwicklung aus. In gleiche Richtung wirkten auch die vielfach im Zuge der Stabilisierungspolitik „vorgegebenen“ einkommenspolitischen Rahmenbedingungen. Insbesondere in Ländern mit zuvor starken Lohnsatzsteigerungen hat sich der Auftrieb spürbar verlangsamt. Eine wichtige Ausnahme bildet weiterhin Italien, wo sich der Lohnanstieg vor allem durch die Koppelung der Löhne an die Preise sogar wieder beschleunigte. Die Reallöhne sind zumeist verlangsamt gestiegen, in Großbritannien sogar gesunken.

Obwohl die Verminderung des Lohnauftriebs bei wieder höherem Produktivitätsanstieg eine günstige Voraussetzung für eine weitere Dämpfung des Preisanstiegs bildete, blieb die Teuerung – trotz verbreiteter Preiskontrollen – zumindest auf der Verbraucherstufe nahezu unverändert kräftig. Dies war teilweise auf die vorangegangenen starken Abwertungen und auf den Einfluß von Sonderfaktoren zurückzuführen. Die in mehreren Ländern vorgenommene Anhebung indirekter Steuern und administrierter Preise sowie verschiedentlich auch ein starker Anstieg der Nahrungsmittelpreise standen einer Verlangsamung des Preisauftriebs entgegen.

Nicht zuletzt wegen der nur geringen Fortschritte bei der Eindämmung der Inflation haben die wirtschaftspolitischen Instanzen seit Herbst einen gemäßigteren Expansionskurs verfolgt oder sich sogar bemüht, restriktiv zu wirken. So wurde die Geldpolitik weniger expansiv gestaltet. Vor allem gilt dies für Länder, die bis zum Herbst eine besonders starke monetäre Expansion zugelassen hatten und deren Zahlungsbilanzsituation sich im Laufe des Jahres 1976 erheblich verschlechterte, so für Frankreich, Großbritannien, Italien und Dänemark. Seitdem wurde das Tempo der Geldmengenausweitung meist kräftig verringert. Infolgedessen stiegen die kurzfristigen Zinsen zeitweise spürbar an, insbesondere in den Defizitländern. Damit ging eine Beruhigung der Lage auf den Devisenmärkten nach den vielfach beträchtlichen Wechselkursänderungen vom Herbst einher. Auch haben die vom öffentlichen Sektor ausgehenden Nachfrageimpulse nachgelassen: Um die staatlichen Defizite abzubauen, hat man eine zurückhaltende Ausgabenpolitik verfolgt und verschiedentlich, z. B. in Italien und Belgien, sogar – trotz ohnehin stark steigender Steuereinnahmen – eine Reihe von indirekten Steuern angehoben. In vielen Ländern sind die stabilitätspolitischen Bemühungen mehr als vorher durch einkommenspolitische Regelungen ergänzt worden.

Unter den gegebenen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ist für den weiteren Verlauf dieses Jahres zu erwarten, daß der Lohn- und Preisauftrieb etwas nachlassen wird. Dabei wird sich das Inflationsgefälle von Land zu Land verringern. Vor allem in Ländern mit hohen Preissteigerungsraten ist eine Dämpfung des Verbraucherpreisanstiegs zu erwarten. Trotzdem werden die Teuerungsraten im Jahresdurchschnitt von 1 1/2 vH in der Schweiz über 14 vH in Großbritannien bis zu 20 vH in Italien reichen. Insgesamt dürften die Verbraucherpreise in Westeuropa um reichlich 9 vH nach 10 vH im vergangenen Jahr steigen.

Die Zahlungsbilanzsituation einiger Defizitländer dürfte sich tendenziell entspannen, zumal sich die internationale Wettbewerbsposition für Italien und

Großbritannien aufgrund der im vergangenen Jahr erfolgten Abwertungen merklich verbessert hat (für Großbritannien ergibt sich eine zusätzliche Entlastung durch die rasch steigende Förderung von Nordseeöl). Generell sind auch künftig Wechselkursanpassungen, die die internationalen Unterschiede in der Kosten- und Preisentwicklung ausgleichen, wahrscheinlich. In Ländern, die ihre Defizite noch weiter abbauen müssen, sind darüber hinausgehende Abwertungen nicht auszuschließen.

Die für 1977 prognostizierte Entwicklung von Nachfrage und Produktion wird insgesamt kaum zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit führen. Die privaten Investitionen, nicht zuletzt auch der Wohnungsbau, dürften zwar zumeist etwas stärker expandieren als im vergangenen Jahr, aber der private Verbrauch und die staatliche Nachfrage werden im allgemeinen wohl nur verhalten zunehmen. Mit größeren konjunkturanregenden Programmen ist – mit Ausnahme des mittelfristig angelegten Investitionsprogramms in der Bundesrepublik Deutschland und der zu erwartenden Expansionsmaßnahmen in Frankreich – nicht zu rechnen. Insgesamt wird das reale Sozialprodukt der westeuropäischen Länder 1977 nur um etwa 3 1/2 vH, nach 4 1/4 vH im Vorjahr, ansteigen.

Verlangsamte Ausweitung des Welthandels

Die konjunkturellen Impulse im Welthandel ließen nach der Jahresmitte, als sich der Lageraufbau in den Industrieländern wieder abschwächte und auch die Einfuhr für den laufenden Verbrauch langsamer zunahm, merklich nach. Die Importe der Industrieländer erhöhten sich dennoch zunächst weiter kräftig, nicht zuletzt weil die Rohölkäufe bei den OPEC-Ländern wegen der bevorstehenden Preisanhebung forciert wurden. Das Handelsbilanzdefizit der Industrieländer stieg daher saisonbereinigt stark an und war im vierten Quartal 1976 etwa doppelt so hoch wie ein Jahr zuvor.

Im Jahr 1977 ist bei der erwarteten konjunkturellen Entwicklung in den Industrieländern mit einer verhaltenen Expansion des Welthandels zu rechnen. Die Importnachfrage der meisten westeuropäischen Länder wird nur langsam zunehmen; stärker dürften demgegenüber die Einfuhren der USA und Japans steigen. Die Exporte in die OPEC-Länder werden wohl zügig expandieren. Die Lieferungen der OECD-Länder in die Staatshandelsländer und in die nicht-erdölproduzierenden Entwicklungsländer, die 1976 kaum zugenommen haben und zuletzt wohl sogar etwas zurückgegangen sind, werden auch in diesem Jahr vermutlich nur wenig steigen. Für das Welt-handelsvolumen insgesamt dürfte die Zuwachsrate im Jahresdurchschnitt 7 bis 8 vH erreichen, nach 11 vH im Vorjahr.

Geringerer Anstieg der Rohstoffpreise

Nach einer Phase geringer Preisveränderungen kam es auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe in den ersten Monaten des Jahres 1977 teilweise zu kräftigen Preisbewegungen. Infolge von Sondereinflüssen (Käufe der UdSSR, restriktive Angebotspolitik der Produzenten, aber auch umfangreiche spekulative Engagements) verteuerten sich vor allem NE-Metalle erheblich. Die Rohölpreise wurden zu Jahresbeginn um durchschnittlich 8 vH heraufgesetzt. Die Preise der übrigen Industrierohstoffe gingen demgegenüber zurück oder behaupteten sich. Auf Dollarbasis liegt das Preisniveau gegenwärtig rd. 5 vH über dem Stand von Oktober 1976.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres dürften die Preise für Industrierohstoffe insgesamt nur mäßig steigen. Die Nachfrage für den laufenden Bedarf wird zwar etwas stärker als bisher zunehmen. Von den Lagerdispositionen der Verarbeiter werden aber kaum expansive Impulse ausgehen, da Erzeuger und Handel im allgemeinen noch über umfangreiche Bestände verfügen. Bei Textilrohstoffen dürfte sowohl die verlangsamte Expansion des Verbrauchs als auch die zu erwartende stärkere Ausweitung der Erzeugung den Spielraum für Preissteigerungen eng begrenzen. Die Rohölpreise werden sich im weiteren Verlauf dieses Jahres vermutlich nur wenig erhöhen.

Auf den internationalen Nahrungs- und Genußmittelmärkten dürfte sich der Preisanstieg, der im vergangenen Halbjahr sehr ausgeprägt war, in den nächsten Monaten abflachen. Bei verschiedenen pflanzlichen Produkten (Getreide, Zucker) sind die Vorräte gegenwärtig erheblich umfangreicher als vor Jahresfrist, und selbst bei einem eventuellen Erzeugungsrückgang in diesem Jahr – bei Getreide deutet die Verringerung der Anbauflächen in den großen Exportländern darauf hin – ist voraussichtlich auch nach der Jahresmitte 1977 mit einer weitgehend ausgeglichenen Marktlage zu rechnen. Die außerordentliche Teuerungswelle auf den Märkten für Genußmittel (Kaffee, Kakao, Tee) dürfte sich künftig kaum noch fortsetzen, da Handel und Verarbeiter zurückhaltender disponieren und eine Ausweitung der Erzeugung zu erwarten ist. Die Fleischpreise werden demgegenüber wegen der weltweiten Abnahme der Schlachtungen kräftig steigen.

Ausblick

In den westlichen Industrieländern setzt sich die wirtschaftliche Expansion 1977 insgesamt in mäßigem Tempo fort. Im Jahresdurchschnitt wird der Anstieg des realen Bruttosozialprodukts mit reichlich 4 vH um etwa einen Prozentpunkt niedriger sein als im Vorjahr. Deutlich hinter dieser Rate zurückbleiben wird das Wachstum in den meisten währungsschwachen Ländern, in denen die Stabilisierungsmaßnahmen die

Expansion dämpfen. Die Arbeitslosigkeit wird zu meist nur wenig abnehmen, in einzelnen Ländern sogar noch steigen. Die Dynamik der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung ist gering, vor allem, weil die Investitionsneigung — bei erheblichen Unterschieden von Land zu Land — insgesamt nur mäßig zunimmt. Dies ist darauf zurückzuführen, daß sich nach dem Schock der ersten weltweiten Nachkriegsrezession — mit einem ungewohnt starken Rückgang von Potentialauslastung und Gewinnen — die Absatz- und Ertragsersparungen der Unternehmen zumeist nicht ausreichend verbessert haben. Dabei hat sicherlich eine wichtige Rolle gespielt, daß sich der Verteilungskonflikt seit der Rezession nicht genügend entschärft hat. Bei konsequenter Einhaltung des stabilitätsorientierten Kurses durch die Zentralbanken verbessern sich die Aussichten dafür, daß die Sozialpartner ihre Preis- und Lohnforderungen reduzieren und somit zu einer Verlangsamung des Kosten- und Preisanstiegs beitragen. Allerdings ist weder eine schnelle Verminderung der Inflationsraten noch ein rascher Abbau des Inflationsgefälles von Land zu Land zu erwarten; mit weiteren Wechselkursänderungen ist also zu rechnen.

Im Zuge der konjunkturellen Differenzierung wird es zu einer gewissen Verschiebung der Leistungsbilanzsalden zwischen den Industrieländern kommen: Der Verringerung der Defizite in den westeuropäischen Problemländern wird eine weitere Passivierung der Leistungsbilanz in den USA und eine Abnahme des Leistungsbilanzüberschusses in Japan gegenüberstehen. Insgesamt wird sich die Leistungsbilanzposition der Industrieländer gegenüber den übrigen Ländern nicht nennenswert verbessern. Vor allem ist nicht damit zu rechnen, daß die Überschüsse der Erdölländer fühlbar sinken; die Defizite der anderen Entwicklungsländer werden weiterhin hoch bleiben.

Den währungsschwachen Ländern würde es nur vorübergehend helfen und die Weltkonjunktur erhielte nur vorübergehend Impulse, wenn die währungsstarken Länder den Aufschwung mit Ankurbelungsprogrammen forcierten. Denn die wirtschaftspolitischen Probleme in den Industrieländern würden nicht gelöst, allenfalls würde die Bereinigung aufgeschoben werden, wenn die Konjunktur unter Außerachtlassung der Grundsätze einer potentialorientierten Geld- und Finanzpolitik auf Kosten der Preisstabilität kurzfristig angeregt wird. Der Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte setzt vielmehr nachhaltige Stabilisierungsfortschritte in den währungsschwachen Ländern voraus sowie die Aufrechterhaltung frei beweglicher Wechselkurse, damit sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder nicht verschlechtert oder erforderlichenfalls sogar verbessert. Demgegenüber verspricht eine Politik der Interventionen auf den Devisenmärkten sowie protektionistischer Eingriffe in den Warenhandel keinen dauerhaften Erfolg. Übermäßige Anpassungshärten

sollten mit internationalen Krediten vermieden werden. Soweit sie von Zentralbanken oder von internationalen Gremien gewährt werden, sollten sie an marktmäßigen Konditionen ausgerichtet und mit stabilisierungspolitischen Auflagen versehen werden, um sicherzustellen, daß der Anpassungsprozeß nicht aufgehalten wird. Kredite sollten aber nicht nur zur Vermeidung von Friktionen im Anpassungsprozeß währungsschwacher Industrieländer vergeben werden, sondern auch um Expansionsprozesse in Ländern mit hohem Wachstumspotential, d. h. vor allem in Entwicklungsländern, zu finanzieren.

So verständlich die Ungeduld angesichts der nur langsamen Fortschritte in der Bekämpfung der Inflation und der Eindämmung der Arbeitslosigkeit auch ist, so darf doch nicht übersehen werden, daß es längere Zeit erfordert, die Fehlentwicklungen zu beseitigen, die sich über eine Reihe von Jahren hinweg ergeben haben. Wirtschaftspolitik und Sozialpartner sollten ihre Anstrengungen verstärken, um die wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele gleichzeitig zu erreichen. So sollte die Geldpolitik konsequent auf eine Verlangsamung des Preisanstiegs hinwirken. Je früher die Zentralbanken ihre Ziele für die Geldmengenerweiterung ankündigen, desto größer wird die Chance für eine Verringerung der Inflation, ohne daß sich dabei der Produktionsanstieg abschwächt. Dabei muß der angekündigten Politik durch eine strikte Realisierung Glaubwürdigkeit verliehen werden.

Für die Entwicklung der Beschäftigung ist das Verhalten der Sozialpartner von entscheidender Bedeutung. In einer Situation wie der gegenwärtigen sollte der Reallohnanstieg geringer sein als der im Inland verteilbare Produktivitätszuwachs, damit die Gewinne erhöht und die Investitionsneigung gestärkt werden und sich dadurch die Chancen für einen Abbau der Arbeitslosigkeit vergrößern. Die beschäftigungspolitische Bedeutung eines solchen verteilungspolitischen Konsenses ist höher zu veranschlagen als die Wirksamkeit kurzfristiger Anregungsmaßnahmen.

Auch mit finanzpolitischen Maßnahmen kann auf eine Erhöhung der Investitionsbereitschaft hingewirkt werden: Die Struktur der Ausgaben und Einnahmen wäre so zu verändern, daß die Rentabilität der Unternehmensinvestitionen verbessert wird. Zugleich sollte die Finanzpolitik zur Verstetigung der Nachfrage- und Produktionsentwicklung beitragen. Dazu gehört, daß bei den Staatsausgaben der angemessene Rahmen ausgeschöpft und nicht — wie etwa im zweiten Halbjahr 1976 in wichtigen Ländern — durch gewollte oder ungewollte Zurückhaltung die Nachfrageentfaltung gehemmt wird. Ein Hin und Her im Zuge einer stop-and-go-Politik würde verhindern, daß die Sicherheit aufkommt, die nötig erscheint, um die Unternehmen in ihrer Investitions- und Beschäftigungspolitik zuversichtlicher zu machen.

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion im vergangenen Herbst wieder ziemlich kräftig zu, nachdem sie im Sommer nahezu stagniert hatte. Diese Tendenz wurde vor allem vom Wiederanstieg der Anlageinvestitionen bewirkt; hinzu kam die verstärkte Zunahme des privaten Verbrauchs. Die Auslastung der Kapazitäten erhöhte sich, und der Rückgang der Erwerbstätigenzahl kam – anderthalb Jahre nach Beginn des Aufschwungs – zum Stillstand. Das relativ hohe Expansionstempo war sicherlich auch auf vorübergehende Einflüsse zurückzuführen. In den ersten Monaten dieses Jahres hat sich die Aufwärtsbewegung denn auch etwas verlangsamt. Der Preisauftrieb blieb nach wie vor gedämpft.

Abgeschwächte Impulse aus dem Ausland

Die Impulse, die die Wirtschaft aus dem Ausland erhält, sind seit dem Herbst 1976 erheblich schwächer geworden. Die reale Warenausfuhr ist nur wenig gestiegen. Nachdem die Exporte der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien schon seit geraumer Zeit kaum noch zugenommen hatten, schwächte sich nun auch der Anstieg der Lieferungen von Investitions- und Verbrauchsgütern erheblich ab. Diese Entwicklung war allerdings auch von Sondereinflüssen geprägt. So hatten die zum Währungsverbund gehörenden Länder in Erwartung einer DM-Aufwertung im Sommer ihre Bezüge aus der Bundesrepublik kräftig erhöht; dem folgte im Herbst die Reaktion. Auch die Stagnation der Exporte in die OPEC-Länder muß wohl mehr im Zusammenhang mit der überaus starken Steigerung in den Sommermonaten gesehen werden und dürfte weniger auf ein Nachlassen der Nachfrage aus diesen Ländern hindeuten. Der Rückgang der ausländischen Bestellungen nach der Jahreswende ist angesichts des Fortgangs der konjunkturellen Erholung im Ausland als eine nur vorübergehende Erscheinung zu betrachten. Die Grundtendenz der Exporte ist weiterhin aufwärts gerichtet.

Forcierte Konsolidierung der Staatsfinanzen belastet konjunkturelle Erholung

Der Staat hat sein Finanzierungsdefizit im Jahre 1976 erheblich verringert; während es 1975 rund 60 Mrd. DM betragen hatte, belief es sich im vergangenen Jahr auf etwa 44 Mrd. DM. Hierzu trugen sowohl eine drastische Begrenzung des Ausgabenzuwachses als auch eine starke Beschleunigung im Anstieg der Einnahmen bei, die weit mehr die Folge der konjunkturellen Erholung war als das Ergebnis von Maßnahmen zur Einnahmenverbesserung. Die Ausgaben von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung zusammen wurden mit 7 1/2 vH nur halb so stark ausgeweitet wie im Rezessionsjahr 1975. Bei

der Sozialversicherung ist dies zum Teil auf den Rückgang der Zahlungen von Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld, zum Teil auf Bemühungen um Kostendämpfung zurückzuführen; hierbei wirkten sich die Vereinbarungen über eine Begrenzung des Honorarvolumens der Ärzte und eine deutliche Beschränkung bei den Arzneimittelkäufen aus.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hat zwar die Vertrauensgrundlage gefestigt, die wirtschaftliche Entwicklung aber auch negativ beeinflußt. Sie beeinträchtigte vor allem die Investitionen des Staates und entsprach insofern nicht den konjunktur- und wachstumspolitischen Erfordernissen. Die realen öffentlichen Anlageinvestitionen nahmen um 5 vH ab, obwohl sie noch durch Konjunkturprogramme früherer Jahre gestützt wurden. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst wurde nur noch wenig ausgeweitet. Für die starke Verringerung der Steigerungsrate des Staatsverbrauchs schlugen allerdings geringere Besoldungserhöhungen und Einsparungen bei den Sachaufwendungen weitaus stärker zu Buche.

Ausrüstungsinvestitionen: Aufwärts unter Schwankungen

Die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern stieg in den letzten Monaten des vergangenen Jahres kräftig an; danach hat sie sich, gemessen an der Statistik der Auftragseingänge bei den Investitionsgüterherstellern, deutlich abgeschwächt. Wieweit diese Abschwächung ein konjunkturelles Phänomen, eine „technische Reaktion“ oder aber eine Folge der Umstellung der amtlichen Statistik ist, kann gegenwärtig nicht mit Sicherheit beurteilt werden. Die Investitionstätigkeit nahm im vergangenen Herbst stark zu. Dabei können auch Nachwirkungen der Investitionszulage eine Rolle gespielt haben: Soweit Zahlungen auf bestellte Investitionsgüter bis zum 30. Juni geleistet worden waren, wurde der Anspruch auf Investitionszulage auch für erst nach der Jahresmitte gelieferte Güter erworben.

Wiederanstieg der Bauinvestitionen

Nach einer Abschwächung in den Sommermonaten sind die Bauinvestitionen im letzten Quartal 1976 wieder deutlich gestiegen. Begünstigt durch die Witterung hielt diese Entwicklung offenbar auch im ersten Viertel dieses Jahres an. Die Aufwärtsbewegung ging vom Wohnungsbau und vom Wirtschaftsbau aus, die durch die Investitionszulage sowie die Programme zur Wohnungsmodernisierung und Bausparzwischenfinanzierung gefördert wurden. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen hat sich dagegen der Rückgang wahrscheinlich fortgesetzt.

Die Abnahme der Genehmigungen für Wohnbauten und Wirtschaftsbauten im vergangenen Herbst dürfte noch darauf zurückzuführen sein, daß im Zusammenhang mit den verschiedenen Konjunkturprogrammen in beträchtlichem Umfang Anträge auf Baugenehmigungen in das Jahr 1975 vorgezogen worden waren. Gegen Ende des vergangenen Jahres kam der Rückgang jedoch zum Stillstand. Allerdings ist die Entwicklung der Nachfrage nicht so ungünstig, wie es die Baugenehmigungen vermuten lassen: Die Auftragseingänge bei der Bauwirtschaft nahmen insgesamt sogar leicht zu. Offenbar sind vor allem im Wirtschaftsbau vermehrt auch solche Bauvorhaben in Auftrag gegeben worden, die schon vor längerer Zeit genehmigt worden waren. Im öffentlichen Hochbau hielt dagegen der Rückgang sowohl der Genehmigungen als auch der Auftragsvergaben bis zuletzt an. Die öffentlichen Tiefbauaufträge sind nach einem deutlichen Anstieg im Verlauf des zweiten Halbjahres 1976 zuletzt wieder erheblich gesunken.

Kräftige Zunahme der Verbrauchsnachfrage

Die Nachfrage der privaten Haushalte, die in den Sommermonaten nur wenig zugenommen hatte, hat sich Ende vorigen Jahres kräftig belebt. Ausschlaggebend hierfür war eine Beschleunigung im Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, die sich vor allem aus der verstärkten Steigerung der Effektivlöhne ergab. Die Sparquote der privaten Haushalte blieb fast unverändert. Die Nachfragebelebung hat bei weitem nicht alle Sparten des privaten Verbrauchs erfaßt, sondern sich auf wenige Bereiche konzentriert. Dies waren neben Kraftfahrzeugen vor allem Elektrogeräte sowie Reisen. Nach der Jahreswende hat sich die Ausweitung der Konsumausgaben abgeschwächt.

Langsamerer Einfuhranstieg

Nachlassende lagerzyklische Impulse und Reaktionen auf vorgezogene Käufe von Rohöl und Mineralölprodukten im Zusammenhang mit der angekündigten Ölpreisanhebung haben im Schlußquartal 1976 zu einer Verlangsamung des Einfuhranstiegs bei industriellen Vorprodukten geführt. Der Rückgang der Einfuhr von Ernährungsgütern dürfte nicht zuletzt darauf beruhen, daß die Einfuhren im Spätsommer aufgrund der Überschätzung von Dürreschäden übersteigert worden waren. Allein die Investitionsgüterimporte nahmen beschleunigt zu. Insgesamt hat sich das Expansionstempo der realen Wareneinfuhr abgeschwächt.

In den ersten Monaten des Jahres 1977 hielt die Verlangsamung des Einfuhranstiegs an. Zum Teil wirkten dabei die genannten Sonderfaktoren fort. Zudem haben die Importe von Investitionsgütern, möglicherweise als Reaktion auf den starken Anstieg zum Jahresende 1976, nahezu stagniert. Nur bei Vor-

erzeugnissen kam es zu kräftigen Einfuhrsteigerungen; vermutlich wurden die Lagerbestände wieder aufgestockt.

Mäßiger Produktionsanstieg

Nach dem sehr langsamen Anstieg im Laufe des Sommers 1976 erhöhte sich das reale Bruttosozialprodukt im vierten Vierteljahr kräftig. Im ersten Quartal 1977 dürfte die Zunahme wieder geringer gewesen sein; der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad hat sich dabei wohl nur noch wenig erhöht. Das reale Bruttosozialprodukt war im Winterhalbjahr schätzungsweise um 4 vH höher als ein Jahr zuvor.

Arbeitsmarktlage nur wenig verbessert

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Verlauf des Winterhalbjahres — Saisoneinflüsse sind bei dieser Betrachtung ausgeschaltet — nur wenig verbessert. Immerhin ist die Zahl der Erwerbstätigen seit dem Herbst nicht mehr zurückgegangen. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer nahm sogar, erstmals seit Anfang 1973, wieder etwas zu. Zugleich verloren einige Faktoren, die den Arbeitsmarkt bisher entlastet hatten, an Gewicht; insbesondere war die Rückwanderung von Gastarbeitern geringer als vorher. Die Zahl der Arbeitslosen ist nur wenig gesunken, die der Kurzarbeiter blieb nahezu unverändert.

Zusätzliche Arbeitskräfte wurden in einigen Zweigen der Industrie, so im Fahrzeugbau, der Stahlverformung und der EBM-Industrie, sowie im Ausbaugewerbe eingestellt. Auch im öffentlichen Dienst stieg die Beschäftigtenzahl, aber weiterhin erheblich schwächer als in früheren Jahren. Bundesbahn und Bundespost verringerten dagegen ihre Belegschaften weiter. Im Bauhauptgewerbe scheint die Beschäftigtenzahl ebenfalls noch gesunken zu sein.

Preisaufrieb blieb gedämpft

Der Preisaufrieb war im Winterhalbjahr nach wie vor gedämpft. Bei den Verbraucherpreisen hat sich das Anstiegstempo um die Jahreswende zwar vergrößert, dies aber vor allem als Folge der Erhöhung von Tabak- und Branntweinsteuer. Nahrungsmittel, Wohnungsmieten und industriell erzeugte Güter haben sich saisonbereinigt bis zuletzt nicht mehr verteuert als zuvor. Lediglich bei Dienstleistungen und Reparaturen hat sich der Preisanstieg in jüngster Zeit verstärkt.

Auf der Erzeugerstufe blieb das Preisniveau sowohl landwirtschaftlicher als auch industrieller Produkte in den Wintermonaten saisonbereinigt etwa unverändert. In der Industrie kam es dazu nur wegen der Preisrückgänge im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich, vor allem bei Eisen und Stahl; in den übrigen Bereichen hielt dagegen der Anstieg an. In

der Bauwirtschaft hat sich der Preisaufrtrieb zuletzt leicht beschleunigt. Die spürbaren Preiserhöhungen auf den Weltrohstoffmärkten führten in den letzten Monaten zu einem Wiederanstieg bei den Importpreisen.

Fremdfinanzierung stark verbilligt

Nachdem die öffentliche Hand ihre Nachfrage nach Bankkrediten schon im Herbst deutlich eingeschränkt hatte, verlor gegen Jahresende auch die Expansion der Kredite an Unternehmen und private Haushalte an Dynamik. Damit ließ die Ausweitung des Geldvolumens ebenfalls nach. Die Abschwächung dürfte überwiegend eine Reaktion auf die recht kräftige Steigerung in den Monaten zuvor sein, als die Vergrößerung der liquiden Bestände merklich über der Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben lag.

Ebenfalls deutlich schwächer als vorher expandierte die Zentralbankgeldmenge, d. h. der Bargeldumlauf und das zu konstanten Sätzen berechnete Reservesoll für die Inlandsverbindlichkeiten der Banken. Sie schwenkte gegen Jahresende auf jenen Pfad ein, der eingehalten werden muß, wenn das für 1977 gesteckte Geldmengenziel erreicht werden soll.

Die freien Liquiditätsreserven der Banken gingen im Winterhalbjahr weiter zurück, vor allem aufgrund von Devisenabflüssen und Offenmarktoperationen der Bundesbank. Nachdem sie schon im vergangenen Jahr erheblich – von 17 Mrd. DM im Frühjahr auf etwa 8 Mrd. DM im Herbst – geschrumpft waren, sanken sie bis Februar 1977 auf etwa 5 Mrd. DM; zudem hatten die Kreditinstitute im November und Dezember in erheblichem Umfang Lombardkredite aufgenommen, um den Zentralbankgeldbedarf zu decken. Im März hat die Bundesbank die Rediskontkontingente der Banken um 2 1/2 Mrd. DM aufgestockt, Wechselpensionsgeschäfte wieder zugelassen und im Zusammenhang mit der Neuregelung der Mindestreservebestimmungen 1 Mrd. DM freigegeben; diese Maßnahmen führten jedoch nicht zu einer Ausweitung der Bankenliquidität, sondern wirkten lediglich dem mit dem Steuertermin verbundenen Liquiditätsentzug durch die öffentlichen Haushalte und damit einer Anspannung der Geldmärkte entgegen. Der geldpolitische Kurs ist hierdurch nicht verändert worden.

Der seit einem Jahr anhaltende Abbau der Liquiditätsreserven hatte eine Erhöhung der Zinssätze auf den Geldmärkten und für kurzfristige Festgelder zur Folge, auf den Kapitalmärkten setzte sich die Zinssenkungstendenz dennoch fort: Die Eindämmung der Inflation verstärkte die Neigung, Geldvermögen langfristig, vor allem in Sparbriefen und Rentenwerten, anzulegen. Da überdies die Nachfrage nach langfristigen Mitteln in letzter Zeit nachließ, sanken die Zinssätze auf den Rentenmärkten und für

Hypothekenkredite von 8 bis 8 1/2 % im Sommer 1976 auf gegenwärtig 6 1/2 bis 7 %. Damit ist die Differenz zwischen Kapitalmarktzins und Preissteigerungsrate, die im Sommer noch 4 Prozentpunkte betragen hatte, auf weniger als 3 Prozentpunkte geschrumpft. Von der Finanzierungsseite her haben sich also die Bedingungen für eine Belebung der Investitionsneigung deutlich verbessert.

Ausblick

Kennzeichnend für den gegenwärtigen Aufschwung ist, daß sich kurzfristig Perioden rascher Expansion mit Phasen verhaltener Entwicklung ablösen. Nicht zuletzt diese Unstetigkeit führt auch bei denen, die eine Fortsetzung des Aufschwungs nicht in Zweifel stellen, zu unterschiedlichen Urteilen über seine Stärke.

Derzeit kommen zu diesen mit dem Verlauf des Aufschwungs verbundenen Unsicherheiten statistische Unwägbarkeiten hinzu: Umstellungen in der monatlichen Berichterstattung des Statistischen Bundesamtes über die Auftrags-, Produktions- und Beschäftigungsentwicklung in der Industrie erschweren Analyse und Interpretation der Entwicklung seit Jahresbeginn. Vor allem stellt sich die Frage, inwieweit der Rückgang der realen Auftragseingänge am Jahresbeginn den konjunkturellen Verlauf widerspiegelt oder auf einen Niveausprung in den entsprechenden Zeitreihen zurückzuführen ist. Je nach der Wertung der übrigen Konjunkturindikatoren ergeben sich Unterschiede in der Einschätzung der Nachfragetendenzen. Dennoch sind sich die an dieser Analyse beteiligten Institute einig darüber, daß das Jahr 1977 zu der Anstiegsphase des Mitte 1975 eingeleiteten Konjunkturaufschwungs gehören wird; über die Stärke der Expansion gehen die Ansichten jedoch so weit auseinander, daß eine von allen Instituten gemeinsam getragene quantitative Prognose nicht vorgelegt werden kann.

Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß die in dieser Gemeinschaftsdiagnose genannten Zahlen auf der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes aufbauen; für diese steht eine grundsätzliche Revision unmittelbar bevor. Wahrscheinlich werden sich nicht nur Niveau und Struktur, sondern auch die Verläufe in der Vergangenheit verändert darstellen; die Revision kann damit sowohl in der Prognose veröffentlichte absolute Werte als auch Zuwachsraten im Vorjahresvergleich berühren.

Das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin*, das *HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg* und das *Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel* halten eine weitere relativ kräftige Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahresverlauf 1977 für wahrscheinlich. Sie nehmen an, daß sich der Anstieg der Nachfrage bald wieder verstärken wird:

- Die Warenausfuhr wird wieder relativ stark steigen, weil von der Nachfrage sowohl der westlichen Industrieländer als auch der OPEC-Länder kräftige Impulse ausgehen werden.
- Der private Verbrauch wird bei der zu erwartenden Steigerung der verfügbaren Mittel der privaten Haushalte die Produktion verstärkt anregen. Dieses wird auch zur Festigung der Absatz- und Gewinnerwartungen der Unternehmen beitragen und ihre Investitionsbereitschaft erhöhen.
- Die Investitionsneigung der Unternehmen wird außerdem durch niedrige Zinsen angeregt. Mit der gesunkenen Rendite längerfristiger Geldvermögensanlagen ist die Investition in Sachvermögen attraktiver geworden. Dies gilt für Anlageinvestitionen der Unternehmen ebenso wie für den Erwerb von Eigenheimen durch private Haushalte.
- Günstige Wirkungen werden von dem Programm für Zukunftsinvestitionen auf Investitions- und Konsumklima ausgehen. Mit nennenswerten direkten Produktionseffekten aus diesem Programm noch in diesem Jahr wird indes nicht gerechnet.

Ausfuhr nimmt verstärkt zu

Die Ausfuhr bildet nach wie vor eine wichtige Antriebskraft für die Binnenkonjunktur: Gegenüber der zum Jahresende 1976 durch Sonderfaktoren gebremsten Exportentwicklung kann mit einer deutlichen Belebung gerechnet werden. Dabei deutet der Wiederanstieg der Auslandsaufträge bei den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien darauf hin, daß auch Vorprodukte wieder zur Exportsteigerung beitragen werden. Die Ausfuhren in die westlichen Industrieländer und in die OPEC-Länder werden überdurchschnittlich zunehmen; für die Lieferungen in die Entwicklungs- wie auch in die Staatshandelsländer wird mit einem leichten Wiederanstieg gerechnet. Im weiteren Jahresverlauf dürfte die reale Warenausfuhr mit einer laufenden Rate von etwa 10 vH steigen. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs wird dabei rd. 7 1/2 vH betragen.

Die Durchschnittswerte der Ausfuhr werden 1977 um 3 bis 4 vH höher liegen als im Vorjahr; mit etwa der gleichen Rate dürften die Durchschnittswerte der Einfuhr steigen, so daß die Terms of Trade unverändert bleiben. Zu einem erheblichen Teil ist die verhältnismäßig ruhige Preisentwicklung den flexiblen Wechselkursen und der erhöhten Bereitschaft zu Kurskorrekturen innerhalb der europäischen Währungsschlinge zuzuschreiben.

Investitionsaufschwung verstärkt sich wieder

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen ist im bisherigen Verlauf des Konjunkturaufschwungs durch den Wechsel von kräftigem Anstieg und Innehalten gekennzeichnet gewesen. Diese unstete Entwicklung

ist in erster Linie auf die im Investitionszulagegesetz vom Dezember 1974 gesetzten Fristen für Bestellungen und Lieferungen zurückzuführen. Der nur kurzfristige Rückgang der realen Ausrüstungsinvestitionen nach der Jahresmitte 1976 und die neue Belebung der laufenden Nachfrage in der Zeit danach deuten auf eine spürbare Kräftigung der privaten Investitionsneigung hin. Daß vom Anstieg der Bestellungen inländischer Investoren nun auch der Maschinenbau zunehmend begünstigt wird, spricht für die Nachhaltigkeit dieses Investitionsanstiegs. Die die Investitionstätigkeit beeinflussenden Rahmenbedingungen entwickeln sich ebenfalls günstig:

- Das Vertrauen in einen beständigen, wenn auch gemäßigten Konjunkturaufschwung in den westlichen Industrieländern ist jetzt besser fundiert als noch im Herbst.
- Die Zahl der Wirtschaftszweige, die mit steigender Produktion ihren Kapazitätsgrenzen näherkommen, nimmt zu. Erweiterungsinvestitionen werden wieder notwendig.
- Die günstigen Konditionen bei der Aufnahme von Fremdmitteln wie auch die weitere Verbesserung der Gewinne und Gewinnerwartungen erleichtern Investitionsengagements. Befürchtungen, daß die Staatsdefizite die Kapitalmärkte überfordern würden, sind durch die Erfahrung widerlegt worden.
- Das Vertrauen der Unternehmer in die Zukunft wird auch durch die sich durchsetzende Überzeugung gefördert, daß den wirtschaftspolitischen Instanzen weniger an kurzfristigen konjunkturpolitischen Erfolgsnachweisen gelegen ist als an der Schaffung der Voraussetzungen für einen langanhaltenden, wenn auch gemäßigten Wirtschaftsaufschwung.

Aufgrund dieser Gesamtkonstellation ist mit einer deutlichen Beschleunigung der Investitionstätigkeit zu rechnen. Die realen Ausrüstungsinvestitionen dürften im weiteren Jahresverlauf ähnlich stark zunehmen wie der Warenexport. Importierte Investitionsgüter werden an dem Anstieg wiederum überdurchschnittlich beteiligt sein.

Verglichen mit früheren Aufschwungsphasen ist ein solcher Anstieg als recht gemäßigt zu bezeichnen. Deshalb wird auch in dieser Phase der Wettbewerb zwischen den Anbietern groß bleiben und den Preisanstieg begrenzen helfen. Dennoch muß eine gewisse Beschleunigung schon wegen des in diesem Jahr stärkeren Anstiegs der Lohnstückkosten in Betracht gezogen werden.

Neben den Ausrüstungsinvestitionen dürften auch die Lagerinvestitionen stärker als zuletzt zur Produktionsanregung beitragen. Dafür sprechen die – in Relation zu den Umsätzen – noch immer niedrigen Lagerbestände und die Tatsache, daß die Kosten der

Vorratshaltung infolge des ermäßigten Zinsniveaus erheblich gesunken sind.

Bauinvestitionen wirken retardierend

Die Bauinvestitionen werden sich 1977 entgegen der allgemeinen konjunkturellen Tendenz nur sehr zögernd erhöhen; sie werden also die Aufwärtsentwicklung der Gesamtwirtschaft hemmen. Zu einem erheblichen Teil ist dies noch Folge der im Investitionszulagegesetz bestimmten Termine. Diese bewirkten eine besonders hohe Rohbautätigkeit für den Wohnungsbau bis Ende 1976 und für den Wirtschaftsbau im ersten Halbjahr 1977. Danach gewinnen in beiden Bereichen die Ausbauleistungen an Gewicht. Da die Baugenehmigungen für Wirtschaftsbauten und Wohnbauten erst vor kurzem ihren Tiefpunkt erreicht zu haben scheinen, werden im weiteren Jahresverlauf relativ wenige neue Vorhaben begonnen werden. Deshalb dürfte der Bau von Wohnungen und gewerblichen Gebäuden vom ersten zum zweiten Halbjahr 1977 saisonbereinigt zurückgehen. Dies gilt, obwohl die laufende Nachfrage nach Wohnbauleistungen durch Altbaumodernisierungen, die nach der Neuregelung des § 7 b des Einkommensteuergesetzes noch attraktiver werden, und auch durch günstige Finanzierungsbedingungen angeregt wird.

Ein Ausgleich durch höhere staatliche Bauinvestitionen ist nicht zu erkennen: Die Planansätze sind für 1977 noch niedriger als im Vorjahr. Im mehrjährigen Investitionsprogramm sind zwar auch Mittel für zusätzliche öffentliche Investitionen vorgesehen, vorwiegend für Tiefbauleistungen. Zusätzliche Bauproduktion nennenswerten Umfangs ist jedoch aus diesem Programm für 1977 nicht zu erwarten. Dies gilt auch für die Mittel, die als Zuschuß an Unternehmen bereitgestellt werden. Zwar sollen Aufträge im Wert von insgesamt 3,5 Mrd. DM — davon etwa 1,5 Mrd. DM von Gebietskörperschaften — noch in diesem Jahr vergeben werden; die daraus resultierende Produktion wird aber zum weitaus größten Teil in das Jahr 1978 fallen.

Insgesamt werden die realen Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt 1977 um etwa 2 vH höher sein als 1976; im zweiten Halbjahr werden sie ihr entsprechendes Vorjahrsniveau wohl gerade halten. Trotz der schwachen Nachfrage wird der steigende Kostendruck Anlaß zu höheren Preisforderungen geben. Im Durchschnitt könnte sich das Niveau der Baupreise 1977 mit etwa 4 vH etwas stärker erhöhen als im Vorjahr.

Abnehmender Zwang zur Konsolidierung der Staatsfinanzen

Das restriktiv wirkende Investitionsverhalten des Staates ist nur zum Teil Ausdruck einer Bedarfssättigung in einzelnen Bereichen. Vor allem erklärt es

sich aus dem Bestreben, laufende Staatsdefizite zu verringern, die 1975 mit 60 Mrd. DM Rekordhöhe erreicht hatten. Mit der Drosselung des Ausgabenanstiegs und konjunkturbedingt höheren Steuereinnahmen ist nun schon eine erhebliche Verminderung der Neuverschuldung des Staates zu verzeichnen: Die Einnahmen von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung sind 1976 mit 12 1/2 vH fast doppelt so rasch gestiegen wie die Ausgaben (7 1/2 vH). Im Jahre 1977 werden die Einnahmen um 2 1/2 Prozentpunkte stärker zunehmen als die Ausgaben, das Defizit wird nur noch etwa halb so groß sein wie 1975.

Diese Verbesserung der Einnahmen-Ausgaben-Relation beruht allein auf der Entwicklung bei den Gebietskörperschaften. Bei der Sozialversicherung zeichnet sich eine Finanzierungslücke ab, die zwar zum Teil aufgrund von Erhöhungen der Beitragssätze und der Beitragsbemessungsgrenzen, zum Teil aufgrund erheblicher Ausgabeneinschränkungen kleiner ist, als noch vor kurzer Zeit befürchtet worden war; der Konsolidierungsbedarf ist hier aber noch immer sehr hoch. Insgesamt gewinnt der Staat, nachdem die Neuverschuldung deutlich geringer geworden ist, finanzpolitischen Handlungsspielraum zurück. Als Ausdruck dafür kann die Verabschiedung des mehrjährigen Investitionsprogramms angesehen werden, das zugleich zu einer Strukturverlagerung der Staatsausgaben in der wachstumspolitisch notwendigen Richtung führt.

Private Haushalte erhöhen ihren Verbrauch verstärkt

Einkommensentwicklung und Sparverhalten sprechen dafür, daß der private Verbrauch im weiteren Jahresverlauf die konjunkturelle Erholung stärker mitträgt als im vergangenen Jahr; die Verlangsamung des Ausgabenanstiegs zu Beginn dieses Jahres dürfte nur vorübergehend gewesen sein.

Vermehrter Arbeitskräfteeinsatz und höhere Stundenverdienste bewirken, daß die Bruttolöhne und -gehälter im Jahresdurchschnitt um 9 vH höher liegen werden als im Vorjahr. Die öffentlichen Einkommensübertragungen an private Haushalte werden — verglichen mit 1976 — in unverändertem Tempo steigen, so daß die Einkommen der Haushalte insgesamt beschleunigt expandieren werden. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, auf Mittel zurückzugreifen, die in beträchtlichem Umfang aus prämiengünstigen Sparverträgen frei werden. Schätzungen zufolge werden die Haushalte davon etwa 4 Mrd. DM zusätzlich für Konsumzwecke verwenden. Insgesamt kann mit einer Beschleunigung in der Ausweitung der Verbrauchsausgaben gerechnet werden.

Die Verbraucherpreise dürften sich 1977 weiter nur gedämpft erhöhen. Im Jahresdurchschnitt wird die Steigerungsrate etwa 4 vH betragen, also nochmals

etwas kleiner sein als im Vorjahr. Dies ist vor allem deshalb als weiterer stabilisierungspolitischer Erfolg anzusehen, weil in diesem Jahr das Preisniveau des privaten Verbrauchs durch die Erhöhung von Tabak- und Branntweinsteuer um 0,5 vH zusätzlich angehoben wurde.

Bei dieser Schätzung von Einkommen, Sparverhalten und Preisentwicklung ergibt sich ein Anstieg des realen privaten Verbrauchs, der im Jahresdurchschnitt ebenso groß sein dürfte wie der des realen Brutto-sozialprodukts.

Produktion und Kapazitätsauslastung nehmen weiter zu

Das reale Bruttosozialprodukt wird im weiteren Verlauf des Jahres beschleunigt steigen. Bis zum Jahresende dürfte es sich — arbeitstäglich und saisonbereinigt — mit einer laufenden Jahresrate von etwa 6 vH erhöhen. Dies bedeutet eine merkbare Zunahme im Auslastungsgrad des Produktionspotentials. Aufgrund der vergleichsweise ruhigen Entwicklung im Winterhalbjahr, die zu einem nur geringen „Überhang“ führte, ergibt sich für den Jahresdurchschnitt aus heutiger Sicht aber lediglich ein Anstieg des Sozialprodukts von etwa 4,5 vH. Das ist weniger, als im Herbst erwartet worden war; die langsamere Entwicklung im Jahresdurchschnitt ist vor allem auf den geringeren Exportzuwachs zurückzuführen.

So wie die Bundesrepublik vom Ausland Impulse empfängt, wird sie ihrerseits — über ihre Einfuhren — die Auslandskonjunktur stimulieren. Besonders kräftig wird die Einfuhr von Vorerzeugnissen und Halbwaren steigen, doch auch der Import von Fertigerzeugnissen wird weiterhin stark zunehmen. Im Jahresdurchschnitt wird der Anstieg der realen Wareneinfuhr vermutlich etwas stärker ausfallen als derjenige der Ausfuhr, so daß mit einem leichten Rückgang des realen Ausfuhrüberschusses gerechnet werden kann.

Fühlbarer Beschäftigungsanstieg

Bei dieser gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird die Beschäftigtenzahl merklich steigen. Hierzu wird vor allem die Industrie beitragen; aber auch im Dienstleistungsbereich, im Einzelhandel und beim Staat dürften die Beschäftigtenzahlen zunehmen. Insgesamt wird sich — bei weiter sinkender Zahl der Selbständigen — die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer im Jahresverlauf um etwa 1/4 Million erhöhen. Die Zahl der Arbeitslosen wird zwar zurückgehen, jedoch im Jahresdurchschnitt immer noch über 900 000 betragen. Daß die Abnahme nicht stärker ausfällt, liegt vor allem daran, daß eine wachsende Zahl inländischer Erwerbspersonen auf den Arbeitsmarkt drängt.

* * *

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, und das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, beurteilen die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland zurückhaltender als die Mehrheit der Institute. Sie halten die konjunkturelle Lage auch nach der Belebung im Herbst 1976 für labil. Die Aufschwungskräfte konnten sich bisher nicht auf breiter Front durchsetzen, die konjunkturelle Erholung geriet vielmehr nach der Jahreswende erneut ins Stocken. Eine durchgreifende Belebung der Investitionstätigkeit und damit auch der Konjunktur zeichnet sich bislang weder in der Produktion noch in den Bestellungen bei der Industrie ab. Das gilt sowohl für die Aufträge aus dem Inland als auch für die aus dem Ausland, und nicht nur für die von Investitionsgütern, sondern auch für die von Verbrauchsgütern.

Die Ergebnisse des Ifo-Konjunkturtests lassen ebenfalls noch keine entscheidende Verbesserung erkennen. Die Produktionsplanungen der Industrieunternehmen sind für die kommenden Monate nach wie vor recht verhalten. Die Entwicklung des Geschäftsklimas deutet noch nicht auf eine nennenswerte Verstärkung der Dispositionsbereitschaft der Unternehmen hin.

Vor allem den Investitionen fehlt es angesichts der verbreiteten Unsicherheit über die künftigen Absatz- und Ertragschancen an Triebkraft. Der Steigerung der Ausrüstungsinvestitionen gegen Ende des Jahres 1976 folgte im ersten Vierteljahr 1977 vermutlich ein Rückgang. Im weiteren Verlauf des Jahres werden die Ausrüstungsinvestitionen zwar wieder zunehmen, im gesamten Jahr aber nur um 3 bis 4 vH größer sein als im Vorjahr.

Die verhaltene Zunahme der Investitionen wird die Entwicklung in anderen Bereichen weitgehend prägen. Das gilt insbesondere für die Entwicklung von Beschäftigung, Einkommen und privatem Verbrauch. Zudem werden von den Lagerdispositionen — anders als vor einem Jahr — keine nennenswerten Anregungen ausgehen.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird zwar im Laufe des Jahres weiter steigen, aber ohne Schwung. Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, und das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, halten daher eine Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts von 3 bis 4 vH im Jahre 1977 für wahrscheinlich.

Dieser Produktionszuwachs läßt sich ohne eine Vergrößerung des Arbeitsvolumens erreichen. Die Beschäftigung wird diesen Erwartungen zufolge kaum steigen und die Arbeitslosigkeit nur in dem Umfange zurückgehen, wie ausländische Arbeitskräfte in ihre Heimat zurückkehren und Inländer sich aus dem Erwerbsleben zurückziehen. Die Zahl der

Eckdaten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vorausschätzung des
IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung, München,
und des
Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen

Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

	1977
Entstehung des Sozialprodukts, real	
Zahl der Erwerbstätigen	- 0
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	0
Arbeitstage!	- 0.5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	- 0.5
Produktivität ²⁾	4
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	3.5
Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1962	
Privater Verbrauch	4
Staatsverbrauch	2.5
Anlageinvestitionen	2.5
Ausrüstungen	3.5
Bauten	1.5
Ausfuhr	7.5
Einfuhr	7.5
Bruttosozialprodukt	3.5
nachrichtlich (in Mrd. DM):	
Vorratsveränderung	9
Außenbeitrag	14
Preisentwicklung	
Privater Verbrauch	4
Bruttosozialprodukt	4
Einkommensverteilung	
Bruttoeinkommen aus	
unselbständiger Arbeit	8
Unternehmertätigkeit und Vermögen	6.5
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	7.5
nachrichtlich:	
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	7
1) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — 2) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 je Erwerbstätigenstunde.	

Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt nur wenig unter eine Million sinken.

Bei der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung werden die für das Jahr 1977 angestrebten Ziele der Regierung für Wachstum und Beschäftigung nicht erreicht. Beide Institute sehen keine Möglichkeiten, Wachstum und Beschäftigung noch im Laufe dieses Jahres nennenswert zu fördern, ohne Nachteile für die längerfristige Entwicklung in Kauf zu nehmen. Es kommt nun vor allem darauf an, die Bedingungen für das wirtschaftliche Wachstum in den kommenden Jahren zu verbessern.

In der Frage, welche Wege hierzu beschritten werden sollten, teilt das Ifo-Institut die wirtschaftspoli-

tischen Überlegungen der Mehrheit der Institute. Die Überlegungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts sind in einem gesonderten Votum dargelegt.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Die Institute *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg, Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München* und das *Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel* vertreten die folgende Auffassung:

Wichtige Rahmenbedingungen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1977 sind bereits festgelegt. Mit Lohnabschlüssen, die – allerdings mit Ausnahme einiger wichtiger Branchen – im Einklang mit gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeiten stehen, und einer im ganzen zielgerechten Geldpolitik sind die Weichen für die Fortsetzung des konjunkturellen Aufwärtstrends bei weiterhin gedämpftem Preisauftrieb gestellt.

Eine Reihe von Unsicherheiten besteht freilich fort: Anhaltende Auseinandersetzungen um das „Steuerpaket“ der Bundesregierung, um die Sanierung der Renten- und Krankenversicherung, Ungewißheit darüber, in welchem Umfang das Programm für Zukunftsinvestitionen tatsächlich zusätzliche staatliche Investitionen bewirkt, aber auch die Kontroverse um die Energieversorgung behindern nicht nur die Konjunktorentwicklung im Jahre 1977, sondern beeinträchtigen zum Teil auch die längerfristigen Wachstumsaussichten.

Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, so rasch wie möglich sachgerechte Entscheidungen in diesen Fragen zu treffen, damit für Unternehmer, Arbeitnehmer, Konsumenten und Sparer die wirtschaftspolitischen Grundlagen für ihr Verhalten vorhersehbar werden. Die auch im Jahr 1977 verhältnismäßig niedrige Kapazitätsauslastung und die noch immer hohe Arbeitslosigkeit sprechen gegen Maßnahmen, die die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung hemmen. Da zudem die Verminderung des Finanzierungsdefizits der Gebietskörperschaften beträchtliche Fortschritte gemacht, der Konsolidierungsbedarf also deutlich abgenommen hat, sollten die wirtschaftspolitischen Instanzen nicht nur zusätzliche Belastungen vermeiden, sondern darüber hinaus die Maßnahmen zur Wachstumsförderung verstärken.

Ob das vorliegende „Steuerpaket“ diesen Ansprüchen genügt, kann bezweifelt werden. Die Entlastung bei den wachstumspolitisch relevanten Steuern vom Einkommen bzw. Ertrag ist bescheiden. Ihr steht die für den 1. Januar 1978 geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer gegenüber, die die vorgesehenen Entlastungen weit überkompensiert. Aus heutiger Sicht erscheinen weder die Wachstums- und Preis- noch die Verteilungswirkungen als akzeptabel. Die beab-

sichtigen Steuerentlastungen sollten jedoch — unter Hinnahme eines vorübergehend weniger deutlichen Defizitabbaus — vorgenommen werden. Was wachstumspolitisch nützlich, sind mehr steuerliche Anreize zur Erhöhung der Investitionsbereitschaft. Eine Verminderung der Steuerprogression mag dabei ebenso erwägenswert sein wie eine Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten. Um dennoch Fortschritte bei der Verringerung des Staatsdefizits zu erreichen, könnte eine weitere Einschränkung der staatlichen Sparförderung erwogen werden; dies ist deshalb kaum bedenklich, weil es gegenwärtig und auf absehbare Zeit weniger an Spar- als an Investitionsbereitschaft fehlt.

Das Programm für Zukunftsinvestitionen ist zu begrüßen. Schon um dem weiteren Abbau der Kapazitäten in der Bauindustrie zu begegnen, ist eine zügige Abwicklung nötig. Zudem ist der Tendenz entgegenzuwirken, mit den Mitteln des Programms ohnehin geplante Objekte zu finanzieren.

Im Bereich der Sozialversicherung sind die Aussichten für eine Konsolidierung der Finanzlage weniger günstig als bei den Gebietskörperschaften. Bei den Krankenkassen sollte man dennoch sorgfältig prüfen, ob es trotz der Mehrbelastung durch die Verminderung des Zuschusses von der Rentenversicherung nicht möglich ist, auf die Beitragserhöhung zur Jahresmitte zu verzichten oder sie aber deutlich geringer ausfallen zu lassen als geplant. Die Sanierung der Rentenversicherung hingegen dürfte bei der relativ gemäßigten Wirtschaftsentwicklung über die beabsichtigten Maßnahmen hinausgehende Entscheidungen erfordern. Weil offene Fragen Unsicherheiten verbreiten, sollten die Entscheidungen auch hier rasch getroffen werden. Wichtig wäre es dabei, neue Belastungen der Beitragszahler zu vermeiden.

Die Abstützung der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung durch die mittelfristig ausgerichtete Finanzpolitik sollte ergänzt werden durch einen entsprechenden Kurs der Geldpolitik. Ziel der Geldpolitik muß es bleiben, die Inflationsraten schrittweise weiter zu vermindern. Wenn im Prozeß der Inflationsabschwächung die Zinsen an den Kreditmärkten infolge von Marktunvollkommenheiten nur schleppend nachgeben, sollte die Bundesbank nicht zögern, Zinssignale zu setzen, um auf diese Weise bei den Kreditzinsen eine Senkung zu veranlassen.

Auch für den Fall, daß die Finanz- und Geldpolitik die wünschenswerten Maßnahmen ergreift und die Lohnpolitik den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung trägt, wird das Wachstum des Sozialprodukts vermutlich nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren in erwünschtem Maße zu reduzieren; dies umso weniger, als das Arbeitskräfteangebot aus demographischen Gründen

ansteigt. Deshalb bleiben Überlegungen zur Beeinflussung des Arbeitskräfteangebots von Bedeutung.

Die Strategie der konsequenten Preisstabilisierung bei gleichzeitiger Förderung des wirtschaftlichen Wachstums ist ein besserer Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur weltwirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung als der Versuch, über kurzfristige Nachfrageanregung oder künstliche Importstimulierung den übrigen Ländern zu helfen. Die in der Bundesrepublik schon erzielten Erfolge sollten auch die Partnerstaaten von den Vorteilen einer längerfristig angelegten Wirtschaftspolitik überzeugen können.

Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung kommt es darauf an, daß Geld- und Finanzpolitik, Lohn- und Preisverhalten aufeinander abgestimmt bleiben. Investoren einschließlich Bauherren von Eigenheimen, aber auch Sparer müssen Entscheidungen treffen, die über das Jahr 1977 hinausreichen. Dafür besäßen sie eine solidere Grundlage, wenn die Absichten der Finanz- und Geldpolitik nicht nur jeweils für ein Kalenderjahr, sondern für einen längeren Zeitraum im voraus bekannt wären. Mit der Vorhersehbarkeit staatlicher Wirtschaftspolitik wäre ein wesentliches Element der Unsicherheit für private Entscheidungen beseitigt. Wenn dagegen die wirtschaftspolitischen Instanzen mit der Festlegung ihrer Politik warten, bis die Wirtschaftssubjekte ihre Entscheidungen getroffen haben, dann können sie entweder lediglich eine Wirtschaftspolitik der Anpassung betreiben, oder sie riskieren, falls sie an ihren Zielen festhalten, von vornherein Störungen im Wirtschaftsablauf.

* * *

Nach Meinung des *Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen*, krankt die konjunkturelle Entwicklung nach wie vor an einer ausgeprägten Investitionsschwäche. Im privaten Bereich ist sie darauf zurückzuführen, daß sich die Absatz- und Ertragsaussichten noch nicht nachhaltig verbessert haben, im öffentlichen Bereich darauf, daß die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hauptsächlich zu Lasten der Investitionen vollzogen wird.

Zwar hat die Bundesbank den geldpolitischen Rahmen für dieses Jahr großzügig gesteckt und die Bundesregierung ein „Programm für Zukunftsinvestitionen“ beschlossen, von dem Aufträge im Betrage von 3,5 Mrd. DM bereits in diesem Jahre vergeben werden sollen; diesen Änderungen der konjunkturellen Rahmenbedingungen stehen aber zusätzliche Belastungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Zusammenhang mit der Sanierung der Rentenversicherung, die Ankündigung der Mehrwertsteuererhöhung, Unsicherheiten über den Ausbau der Energieversorgung und nicht zuletzt die überzogenen Lohnabschlüsse gegenüber, die die konjunkturellen

Erwartungen dämpfen. Obwohl die Produktion und die Produktionsleistung je Stunde in diesem Jahre weniger stark steigen werden als im vergangenen, wurden die Löhne verstärkt angehoben – mit der Folge, daß der Druck der Lohnkosten auf die Erträge erheblich zunimmt. Zusammen mit der Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung verteuert sich für die Unternehmen die Arbeitsstunde in diesem Jahr um nicht weniger als 8 vH, die Lohnkosten je Produkteinheit steigen um 4 vH.

Dies fällt deshalb schwer ins Gewicht, weil die Aussichten, die Kostensteigerungen ohne nennenswerte Absatzeinbußen voll in den Preisen überwälzen zu können, gering, zumindest aber ungewiß sind, da sich die Konjunkturerholung nur zögernd vollziehen wird.

Die Beschäftigung wird diesen Erwartungen zufolge kaum zunehmen, die Arbeitslosigkeit also nur wenig sinken. Auch bei der Stabilisierung des Preisniveaus sind Fortschritte nicht mehr zu erwarten, in zahlreichen Bereichen wird sich der Preisauftrieb unter dem Druck der Kostensteigerungen sogar wieder verstärken. Die konjunkturelle Entwicklung wird sich demzufolge weder dem Ziel einer hohen Beschäftigung, noch dem Ziel der Stabilität des Preisniveaus nähern.

Die Konjunkturpolitik ist zwar bemüht, die Nachfrage durch öffentliche Aufträge zu steigern, die aufschwungfördernde Wirkung ist aber so lange gering zu veranschlagen, wie diese Politik einseitig darauf ausgerichtet ist, zusätzliche Nachfrage zu schaffen, die Stabilisierung der Lohnkosten sowie der Sozial- und Steuerlasten aber vernachlässigt bleibt.

Die Bundesregierung hat zwar zum Beginn des Jahres 1978 eine Entlastung von Unternehmen bei der Vermögens- und der Gewerbesteuer vorgesehen, allerdings nur in Verbindung mit der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes; zudem soll vom erwarteten Mehraufkommen nur die Hälfte an Unternehmen, Arbeitnehmer und über eine Erhöhung des Kindergeldes an die privaten Haushalte fließen, der andere Teil dagegen dem Bund zur Verringerung seiner Schuldenlast verbleiben.

Soll der Ausweg aus dem Dilemma von Arbeitslosigkeit und Inflation gelingen, dann muß sich die Konjunkturpolitik mehr als bisher um eine Stabilisierung von Kosten und Lasten bemühen. Dazu gehört, wie zum Teil an dieser Stelle im Herbst vergangenen Jahres ausführlich dargelegt, daß

- die Geldpolitik sich bei der Festlegung des Geldmengenziels an der Entwicklung des Produktionspotentials orientiert und den Inflationszuschlag von Jahr zu Jahr normativ verringert, diesen Kurs aber auch durchhält;
- die Finanzpolitik die Konsolidierung der öffentlichen Defizite nicht vernachlässigt, aber auch nicht zu Lasten öffentlicher Investitionen vornimmt, sondern der Schaffung von Arbeitsplätzen Vorrang vor der Erhöhung anderer Ausgaben, insbesondere vor Besoldungserhöhungen, einräumt, sowie bei mittelfristigen Planungen auf inflatorisch überhöhte Ansätze verzichtet;
- die Wettbewerbspolitik der Vermachtung der Märkte entgegenwirkt und den Leistungswettbewerb stärkt;
- die Regierung die Ordnungsprinzipien der Marktwirtschaft entschieden verteidigt und damit Zuversicht und Vertrauen festigt.

Der Erfolg der Konjunkturpolitik wird indes gering sein oder ausbleiben, wenn die Gewerkschaften weiter die Ertragsaussichten schmälern und damit Arbeitsplätze gefährdende Lohnerhöhungen durchsetzen und dann die Funktionsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Ordnungssystems in Zweifel ziehen, die Arbeitgeber derartigen Lohnforderungen weitgehend nachgeben, dann die Preise erhöhen und – wenn dies nicht ohne nennenswerte Absatzeinbußen gelingt –, zusammen mit den Gewerkschaften nach zusätzlichen Konjunkturprogrammen oder Beschränkungen des Wettbewerbs rufen und der Staat Gewerkschaften wie Unternehmen in ihrem Fehlverhalten dadurch bestärkt, daß er die Folgen dieses Verhaltens für die Beschäftigung durch immer neue Programme auszugleichen, statt derartiges Fehlverhalten durch klar erkennbare Ziele seiner Politik von vornherein zu verhindern versucht.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
 HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg
 Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für das Jahr 1977

	1975 ¹⁾	1976 ¹⁾	1977 ²⁾	1976		1977	
	Jahre			1. Hj. 1)	2. Hj. 1)	1. Hj. 2)	2. Hj. 2)

1. Entstehung des Sozialprodukts, real
 Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	- 3,3	- 1,0	0,5	- 1,6	- 0,5	0	0,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	- 1,7	0,4	0,5	0,4	0,3	0,5	0,5
Arbeitstage ³⁾	0,1	0,7	- 0,5	1,0	0,5	- 0,5	- 0,5
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	- 4,8	0,0	0,5	- 0,2	0,3	0,5	1
Produktivität ⁴⁾	1,6	5,5	4	5,9	5,1	3,5	4,5
Bruttoinlandsprodukt	- 3,3	5,5	4,5	5,7	5,4	3,5	5,5

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen
 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	580,2	627,0	681,5	299,0	328,1	322	359
Staatsverbrauch	220,1	235,0	253	108,9	126,1	117	136
Anlageinvestitionen	221,1	237,0	257	110,6	126,4	119	138
Ausrüstungen	100,6	109,7	122	52,6	57,1	56,5	65,5
Bauten	120,4	127,3	135	58,0	69,3	62	73
Vorratsveränderung	- 3,6	13,2	20	13,2	-	17	3
Außenbeitrag	25,3	22,9	22	11,9	11,0	11	11,5
Ausfuhr	294,0	334,5	371,5	160,0	174,5	178	193,5
Einfuhr	268,7	311,6	349,5	148,1	163,4	167,5	182
Bruttosozialprodukt	1 043,0	1 135,1	1 233,5	543,5	591,6	585,5	648

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	8,9	8,1	8,5	9,1	7,2	7,5	9,5
Staatsverbrauch	11,0	6,8	7,5	7,6	6,0	7	8
Anlageinvestitionen	- 1,3	7,2	8,5	7,7	6,8	7,5	9,5
Ausrüstungen	6,2	9,0	11,5	11,8	6,6	8	14,5
Bauten	- 6,8	5,7	6	4,3	6,9	7,5	5
Ausfuhr	- 1,6	13,8	11	11,7	15,7	11,5	11
Einfuhr	3,8	15,9	12	14,9	16,9	13	11,5
Bruttosozialprodukt	4,6	8,8	8,5	9,3	8,4	7,5	9,5

in Preisen von 1962
 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	346,5	358,2	374,5	171,8	186,5	178	196,5
Staatsverbrauch	86,8	89,3	91,5	43,2	46,1	44	47,5
Anlageinvestitionen	133,3	139,6	146,5	66,0	73,6	68,5	78
Ausrüstungen	69,6	74,3	80	36,1	38,2	37,5	42
Bauten	63,7	65,3	66,5	29,9	35,4	31	36
Vorratsveränderung	- 2,5	8,7	13	8,7	-	11	2
Außenbeitrag	12,5	13,0	12	6,6	6,4	5,5	6,5
Ausfuhr	204,9	227,3	244,5	109,5	117,9	118	126,5
Einfuhr	192,4	214,3	232,5	102,9	111,5	112,5	120
Bruttosozialprodukt	576,6	608,8	637,5	296,2	312,6	307	330,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	2,6	3,4	4,5	3,8	3,1	3,5	5,5
Staatsverbrauch	3,6	2,9	2,5	4,2	1,6	2,5	2,5
Anlageinvestitionen	- 4,1	4,7	5	5,8	3,8	4	6
Ausrüstungen	0,4	6,7	7,5	9,5	4,2	4,5	10,5
Bauten	- 8,6	2,5	2	1,6	3,3	3	1
Ausfuhr	- 8,7	10,9	7,5	9,3	12,5	7,5	7,5
Einfuhr	0,8	11,4	8,5	10,2	12,5	9	8
Bruttosozialprodukt	- 3,2	5,6	4,5	5,9	5,3	3,5	5,5

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
 HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg
 Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1975 ¹⁾	1976 ¹⁾	1977 ²⁾	1976		1977	
	Jahre			1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ¹⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾

3. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1962 = 100)
 Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	6,1	4,5	4	5,1	4,0	4	4
Staatsverbrauch	7,1	3,8	5	3,3	4,3	5	5,5
Anlageinvestitionen	3,0	2,4	3,5	1,8	2,9	3,5	3
Ausrüstungen	5,8	2,2	3,5	2,1	2,3	3,5	3,5
Bauten	2,1	3,1	4	2,6	3,5	4	4
Ausfuhr	7,7	2,6	3,5	2,2	2,9	3,5	3
Einfuhr	2,9	4,1	3,5	4,3	3,9	3,5	3,5
Bruttosozialprodukt	8,1	3,1	3,5	3,2	3,0	4,0	3,5

4. Einkommensentstehung und -verteilung
 a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ⁵⁾	569,3	611,0	667	291,0	320,0	316,5	350,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	479,6	511,2	557	243,9	267,3	265	292
Nettolohn- und -gehaltsumme	348,0	360,8	387,5	177,0	183,8	190	197,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	227,7	259,3	281,5	123,9	135,4	131,5	150
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ⁶⁾	178,5	200,6	217	97,1	103,5	100,5	116
darunter: Entnahmen und Vermögenseinkommen ⁷⁾	180,0	201,0	214,5	86,7	114,3	92,5	122
Nichtentnommene Gewinne	- 1,7	3,1	9,5	11,4	- 8,4	11,5	- 2
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	796,9	870,3	948,5	414,9	455,3	448,0	500,5
Abschreibungen	126,2	134,3	143,5	65,8	68,5	70,0	73,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	119,9	130,6	141,5	62,8	67,7	67,5	73,5
Bruttosozialprodukt	1 043,0	1 135,1	1 233,5	543,5	591,6	585,5	648

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ⁵⁾	4,1	7,3	9	6,4	8,2	8,5	9,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	3,5	6,6	9	5,8	7,3	8,5	9,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,6	3,7	7,5	2,9	4,4	7,5	7,5
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	7,0	7,4	8	7,1	7,5	8	8
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	7,2	4,4	6,5	4,2	4,6	7	6
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	3,5	13,9	8,5	18,6	9,9	6	11
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ⁶⁾	5,8	12,4	8	18,6	7,1	3,5	12
darunter: Entnahmen und Vermögenseinkommen ⁷⁾	8,9	11,6	7	9,9	13,0	6,5	7
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	4,0	9,2	9	9,8	8,7	8	10
Abschreibungen	9,0	6,4	7	6,0	6,8	6,5	7,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	4,6	8,9	8,5	9,5	8,3	8	9
Bruttosozialprodukt	4,6	8,8	8,5	9,3	8,4	7,5	9,5

5. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
 a) Mrd. DM

Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ⁵⁾	355,4	368,7	396	180,8	187,9	194	202
Öffentliche Einkommensübertragungen ⁸⁾	173,8	186,5	200,5	91,4	95,2	98	102,5
Entnahmen und Vermögenseinkommen	186,7	208,3	223	90,2	118,1	96,5	126,5
Abzüge: Zinsen auf Konsumentenschulden, nicht zurechenbare Übertragungen ⁹⁾	26,7	28,2	30	13,2	15,0	14	16
Verfügbares Einkommen	689,3	735,3	789	349,1	386,2	374,5	414,5
Privater Verbrauch	580,2	627,0	681,5	299,0	328,1	322	359
Laufende Ersparnis	109,1	108,2	108	50,1	58,1	52,5	55,5
Laufende Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	15,8	14,7	13,5	14,4	15,0	14	13,5

**Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg
Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel**

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1975 ¹⁾	1976 ¹⁾	1977 ²⁾	1976		1977	
	Jahre			1. H. ³⁾	2. H. ³⁾	1. H. ³⁾	2. H. ³⁾

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ⁵⁾	3,6	3,7	7,5	2,9	4,5	7,5	7,5
Öffentliche Einkommensübertragungen ⁶⁾	24,2	7,3	7,5	8,6	6,1	7	8
Entnahmen und Vermögenseinkommen	8,4	11,6	7	9,7	13,1	7	7
Verfügbares Einkommen	9,7	6,7	7,5	6,0	7,3	7,5	7,5
Privater Verbrauch	8,9	8,1	8,5	9,1	7,2	7,5	9,5
Laufende Ersparnis	14,5	- 0,8	- 0,5	- 9,4	8,1	4,5	- 4,5

6. Einnahmen und Ausgaben des Staates¹⁰⁾

a) in Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	247,2	277,7	306	127,1	150,7	141	165
Sozialversicherungsbeiträge	155,9	175,8	195	83,2	92,7	91	104
Erwerbseinkünfte	14,0	14,0	13,5	7,2	6,8	7	7
Sonstige laufende Übertragungen	10,7	12,4	13,5	5,9	6,5	6,5	7
Empfangene Vermögensübertragungen	5,5	7,3	6,5	3,5	3,8	3	3
Einnahmen insgesamt	433,3	487,2	534	226,8	260,4	248	286
Ausgaben							
Staatsverbrauch	220,1	235,0	253	108,9	126,1	117	136,5
Zinsen	13,9	17,5	20,5	8,2	9,2	10	10,5
Laufende Übertragungen an	201,1	216,5	233,5	106,0	110,6	114	119,5
Private Haushalte ⁸⁾	175,0	187,9	202	91,9	96,0	98,5	103,5
Unternehmen	14,0	15,1	15,5	7,3	7,8	7,5	8
Ausland	12,1	13,6	16	6,8	6,8	8	8
Geleistete Vermögensübertragungen ¹¹⁾	24,3	30,0	30	13,9	16,1	13	17
Nettoinvestitionen	34,2	32,0	31,5	14,4	17,7	14	17,5
Ausgaben insgesamt	493,2	531,0	569	251,3	279,2	268	301
Finanzierungssaldo¹²⁾	- 60,2	- 43,8	- 34,5	- 24,5	- 19,3	- 20	- 15

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	0,0	12,3	10	12,9	11,9	11	9,5
Sozialversicherungsbeiträge	9,1	12,8	11	11,4	14,0	9,5	12
Erwerbseinkünfte	2,6	- 0,1	- 3	2,1	- 2,4	- 5,5	0
Sonstige laufende Übertragungen	6,0	15,7	8	14,4	16,9	8,5	7,5
Empfangene Vermögensübertragungen	17,6	33,0	- 13	53,5	18,2	- 12	- 15
Einnahmen insgesamt	3,5	12,4	9,5	12,4	12,4	9,5	10
Ausgaben							
Staatsverbrauch	11,0	6,8	7,5	7,6	6,0	7	8
Zinsen	20,4	26,1	18,5	21,8	30,2	22,5	15
Laufende Übertragungen an	21,3	7,7	8	8,9	6,5	8	8
Private Haushalte ⁸⁾	23,5	7,4	7,5	8,7	6,1	7	8
Unternehmen	0,7	7,9	4	7,3	8,4	5,5	2,5
Ausland	19,1	11,7	18	13,2	10,3	19,5	16,5
Geleistete Vermögensübertragungen ¹¹⁾	8,5	23,8	0,5	42,0	11,4	- 6	6
Nettoinvestitionen	3,5	- 6,2	- 2	- 9,0	- 3,8	- 3	- 1
Ausgaben insgesamt	14,5	7,6	7	8,9	6,5	6,5	7,5

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1977 S. 69 ff) und eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität. Angaben in Mrd. DM ohne Rücksicht auf die jeweils gebildeten Gesamtsummen gerundet. — 2) Vorausschätzungen der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — 4) Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. — 5) Einschließlich zusätzlicher Sozialaufwendungen der Arbeitgeber. — 6) Ausschließlich Investitionszulage nach dem 3. Konjunkturprogramm vom Dezember 1974 (1975: 0,1 Mrd. DM; 1976: 4,3 Mrd. DM; 1977: 2,4 Mrd. DM). — 7) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — 8) Einschließlich Zahlungen des Kindergeldes (Familienlastenausgleich ab 1. 1. 1975). — 9) Steuern im Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch (Kraftfahrzeugsteuer der privaten Haushalte, Jagd- und Fischereisteuer), ferner Erstattungsbeträge im Rahmen der Sozialhilfe und Sozialversicherung, Strafen, Verwaltungsgebühren, freiwillige Beiträge von Selbständigen und Nichtselbständigen zur Sozialversicherung, Saldo der Versicherungstransaktionen zwischen Schadenversicherungsunternehmen und privaten Haushalten, Einzelunternehmen u. a. sowie Saldo der laufenden Übertragungen zwischen privaten Haushalten und der übrigen Welt. — 10) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung. — 11) Einschließlich Investitionszulage nach dem 3. Konjunkturprogramm vom Dezember 1974. — 12) Summe aller Einnahmen ohne Bruttokreditaufnahme, Darlehensrückflüsse und Entnahmen aus Rücklagen abzüglich Summe aller Ausgaben ohne Tilgung von Krediten, Gewährung von Darlehen und Zuführung zu Rücklagen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4. Seit 1976 sind erschienen:

- Heft 39 **Wettbewerbsrelationen im Außenhandel westlicher Industrieländer 1959 bis 1973.** Von K. Henkner. 199 S. 1976. DM 68,—.
- Heft 40 **Berufswunsch und Berufswahl.** Analyse einiger Determinanten und Interdependenzen. Von K.-P. Gaulke. 118 S. 1976. DM 44,60.
- Heft 41 **Anlageinvestitionen und Anlagevermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland.** Von B. Görzig und W. Kirner. 106 S. 1976. DM 36,80.
- Heft 42 **Sensitivitätsanalysen im statischen offenen Leontief-Modell.** Von J. Schintke. 180 S. 1976. DM 56,—.
- Heft 43/V **Die Güterverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Von P. Lünsdorf. 281 S. 1976. DM 126,—.
- Heft 43/IV **Analyse und Prognose des Güterverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von H.-J. Frank. 155 S. 1976. DM 76,—.
- Heft 43/VI **Die Verkehrsströme in der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Kennziffern großräumiger Verkehrsströme als Entscheidungsgrundlage für eine integrierte Verkehrswegeplanung. Von Joachim Niklas. 190 S. 1976. DM 84,—.
- Heft 44 **Bedingungen für Angebot und Nachfrage nach Kokskohle in der Welt bis 1985.** Von M. Rumberger und E. Wettig. 107 S. 1976. DM 64,—.
- Heft 45 **Multiplikatorwirkungen des Konjunkturprogramms von 1975** – Anwendung des um den Keynes'schen Multiplikator erweiterten Input-Output-Modells. Von R. Stäglin unter Mitarbeit von R. Pischner, B. Weiser und H. Wessels. 55 S. 1976. DM 36,60.

Im Druck:

- Heft 43/II **Analyse und Prognose des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von Rainer Hopf, Günther John, Heilwig Riecke unter Mitarbeit von Joachim Niklas.
- Heft 43/III **Die Personenverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990** – Untersuchung der regionalen Struktur des Aufkommens und der Verflechtung im Personenverkehr nach Fahrtzwecken und Verkehrsarten und ihrer Beziehung zu raumordnungspolitischen Zielsetzungen. Von Ulrich Voigt.
- Heft 46 **Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung.** Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkungen von Ausgabenkürzungen. Von Jochen Schmidt.
- Heft 43/I **Zielsetzung, Methodik und zusammengefaßte Ergebnisse der Prognose für den Güter- und Personenverkehr bis zum Jahre 1990.** Von Günther John.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter, Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Verlag Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Straße 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—